

NEUES AUS BERLIN

UND DEM SÜDEN SACHSEN-ANHALTS

Liebe Freunde, liebe Leser,

nach der parlamentarischen Sommerpause startete mein Arbeitsalltag in Berlin mit gleich 3 Sitzungswochen, u.a. auch mit einer Haushaltswoche. Großes Thema war natürlich das 3. Entlastungspaket, das der Deutsche Bundestag auf den Weg gebracht hat. Ich finde diese Maßnahmen enorm wichtig. Allerdings bereiten mir die steigenden Lebenshaltungskosten, wie vielen anderen auch, große Sorgen. Die aktuellen Probleme müssen wir einfach ernst nehmen. Wir befinden uns zudem in einer schweren Energiekrise. Die Energiepreise kann sich niemand mehr leisten. Das sagen mir nicht nur die Bürger, sondern mittlerweile auch der Bäcker von nebenan und sämtliche andere Unternehmer, die derzeit ernsthaft über Betriebsschließungen nachdenken. Die aktuelle Meldung vom Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft, bringt es auf den Punkt: Etwa 52 Prozent unserer Unternehmen und Betriebe sind aufgrund der Energiekrise existenzgefährdet! Mich wundert es daher nicht, wenn sich die Stimmung in der Bevölkerung aufheizt. Deshalb dürfen wir gerade jetzt die breite Mitte unserer Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren! Unsere Regierung steht unter akutem Handlungsdruck. Bei den Entlastungsmaßnahmen, wie dem Inflationsausgleichsgesetz und der reduzierten Mehrwertsteuer auf Gas, hat Bundesfinanzminister Lindner zügig geliefert. Bundeswirtschaftsminister Habeck hat nun endlich einmal nachgelegt und lässt zwei der drei deutschen Atomkraftwerke bis ins nächste Frühjahr weiterlaufen. Dennoch muss das von den Grünen geführte Ministerium dringend das Tempo erhöhen, um die Energieversorgung im Winter zu sichern. Sel-



biges gilt für die beschlossene Strompreisbremse, die jetzt schnell in die Umsetzung kommen muss, hier zählt einfach jeder Tag und jede Woche.

Wenn wir das Energieproblem lösen wollen, müssen wir aber vor allem die Kapazitäten erweitern. Eine Laufzeitverlängerung aller drei Kernkraftwerke und die unverzügliche Inbetriebnahme der stillgelegten Kohlekraftwerke sind daher für die FDP alternativlos. Mehr zu aktuellen Themen und meinen Botschaften aus Berlin gibt es auf den nächsten Seiten.

Beste Grüße,
euer Ingo Bodtke.

#niegabesmehrzutun

Deutscher Bundestag
Ingo Bodtke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

#praktikerimparlament

Ihr Kontakt zu mir
Telefon: +49 30 227 73590
Fax: +49 30 227 23 73591
ingo.bodtke@bundestag.de

Freie
Demokraten

Fraktion im
Bundestag **FDP**

Mit dem **3. ENTLASTUNGSPAKET** entlasten wir die hart arbeitende Mitte steuerlich durch den Abbau der kalten Progression, unterstützen Rentner und Studierende genauso wie Selbständige und Arbeitnehmer, erhöhen das Kindergeld und den Kinderzuschlag für Menschen mit kleineren Einkommen, entfristen die Homeoffice-Pauschale, senken die Mehrwertsteuer auf Gas, schaffen ein bundesweites digitales ÖPNV-Ticket und reformieren Wohngeld und Hartz IV zum Bürgergeld.

Damit ist das Entlastungspaket eine notwendige Antwort auf die Sorgen in unserem Land. Viele der geplanten Maßnahmen sind eine zielgerichtete Hilfe für die Bürger unseres Landes. Allerdings benötigen auch besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen deutlich mehr und vor allem auch zeitnah Unterstützung.

Der Deutsche Bundestag hat mit dem **INFLATIONSAUSGLEICHSGESETZ** und der Senkung der Mehrwertsteuer auf Gaslieferungen das Gesetzgebungsverfahren gestartet. Mit dem Abbau der kalten Progression stellen wir sicher, dass inflationsbedingte Gehaltssteigerungen nicht von steigenden Steuern absorbiert werden und entlasten damit rund 48 Millionen Arbeitnehmer, Rentner, Selbständige, Studierende mit steuerpflichtigen Nebenjobs und Familien allein im Jahr 2023 um 10 Milliarden Euro. Dass wir in dieser Phase den Menschen versteckte Steuererhöhungen ersparen, gelingt dank der FDP.

Mit der **DIGITALSTRATEGIE** startet Digitalminister Volker Wissing die dringend nötige Aufholjagd und will der Digitalpolitik bis 2025 einen handfesten Rahmen geben. Denn die wichtigen Themen dürfen nicht liegen bleiben, nur weil andere dringlicher sind. Nach Jahren des digitalpolitischen Stillstands werden wir daher jetzt Tempo bei der digitalen Aufholjagd machen. Digitalisierung spart Lebenszeit und Ressourcen und sorgt dafür, dass die Jobs von morgen durch beste Standortbedingungen hierzulande entstehen können. Glasfaser und schneller Mobilfunk im ganzen Land, eine digitale Zivilgesellschaft, neue Modelle der Arbeit, eine digitale Verwaltung und vieles mehr – wir machen endlich Schluss mit dem digitalpolitischen Schnecken tempo!

Die **VERSTAATLICHUNG VON UNIPER** ist insbesondere für die Freien Demokraten eine bittere Pille, die wir aber angesichts der aktuellen Krisensituation jedoch schlucken müssen. Auslöser für die gänzlich außergewöhnlichen Probleme bleibt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine. In so einer Situation sind wir auch zu außergewöhnlichen Maßnahmen wie der Übernahme Unipers bereit. Denn eine sichere Gasversorgung so weit wie möglich zu gewährleisten, ist momentan eine der wichtigsten Aufgaben der Bundesregierung. Wenn die Uniper pleite gegangen wäre, wären viele Verträge mit Stadtwerken und dann natürlich auch mit Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr erfüllt worden. In der aktuellen Situation anders zu entscheiden, wäre desaströs gewesen.

ENTLASTUNGSPAKET

SO ENTLASTET
DIE AMPELKOALITION
UNS IM WINTER

3

INFLATIONSAUSGLEICHSGESETZ

AUSGLEICH DER KALTEN PROGRESSION

300€

ENERGIEPREISPAUSCHALE FÜR RENTNERINNEN UND RENTNER

200€

FÜR STUDIERENDE UND FACHSCHÜLERINNEN- UND SCHÜLER

STROMPREISBREMSE

FÜR BÜRGER UND UNTERNEHMEN

HEIZKOSTENZUSCHUSS

400-600€ FÜR KLEINERE EINKOMMEN

1,5 MRD. €

FÜR EIN DEUTSCHLANDWEITES & DIGITALES ÖPNV-TICKET

UVM.



Foto: FDP-Fraktion

Ab 1. Oktober können nun auch Anträge für die **Kleinbeihilfe** von landwirtschaftlichen Betrieben beantragt werden. Die Kleinbeihilfe wird von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung ausgezahlt. Damit auch alle berechtigten Landwirte über das Antragsverfahren informiert sind, wird die Bundesanstalt die betreffenden Betriebe schriftlich kontaktieren.

Anspruchsberechtigt sind Betriebe dieser landwirtschaftlichen Bereiche: Freilandgemüsebau und Obstbau, und Hopfen sowie Hühner-, Puten-, Enten- und Gänsemastbetriebe und Betriebe für Sauenhaltung, Ferkelaufzucht und Schweinemast. Von der Kleinbeihilfe profitieren neben dem Obst- und Gemüsebau mit geschützter Produktion insbesondere auch Tierhaltungsbetriebe, die keine Flächen haben, sogenannte Kleinerzeuger und Betriebe bis ausschließlich zehn Hektar Ackerfläche. Die individuelle Beihilfe richtet sich nach den Flächen- bzw. Tierzahlen eines Betriebs. Damit möglichst viele Betriebe profitieren können, ist auch die Kleinbeihilfe auf 15.000 Euro pro Unternehmen begrenzt. Nähere Informationen sind über die Homepage der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung abrufbar.

Nachdem die Ampel-Parteien im November letzten Jahres die Einführung einer verbindlichen Tierhaltungskennzeichnung im Koalitionsvertrag verankert hatten, wurde Mitte August ein Gesetzentwurf durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vorgelegt und Verbände und Bundesländer um Stellungnahme gebeten.



In der letzten Sitzungswoche folgte ich einer Einladung des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen e. V., um über das **Tierhaltungskennzeichnungsgesetz** zu beraten.

Ich kann die Kritik am vorliegenden Referentenentwurf verstehen, denn aus Sicht der Landwirtschaftsbranche führt das derzeitige Konzept ganz klar zu einem Wettbewerbsnachteil für deutsche Schweinehalter. Denn während die Haltungskennzeichnung für deutsche Schweinehalter verpflichtend sein soll, ist sie nach dem Willen des BMEL bei der ausländischen Ware freiwillig. Das ist schon das erste Problem.

Eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung kann darüber hinaus in meinen Augen auch nur erfolgreich sein, wenn sie auch in allen Absatzkanälen für Fleisch gilt, also auch bei der Verarbeitung, dem Großhandel und der Gastronomie. Laut BMEL soll dies aber vorerst nicht der Fall sein. Auch aus Sicht der Ernährungsbranche gibt es noch erheblichen Beratungs- und Nachbesserungsbedarf. Insbesondere die neue geplante Haltungsform „Bio“ steht in der Kritik; ebenso wie fehlende tragfähige Finanzierungskonzepte für die Anschubfinanzierung der Investitionen und die Kostendeckung für die höheren Betriebskosten. Manchmal frage ich mich tatsächlich, ob es dem Landwirtschaftsministerium wirklich um mehr Tierwohl geht oder ob die Anzahl unserer einheimischen tierhaltenden Betriebe minimiert werden soll.





INGO BODTKE
AUFRUF
ZUR FÖRDERUNG
TOURISTISCHER PROJEKTE
IN SACHSEN-ANHALT

FÖRDERAUFRUF für SACHSEN-ANHALT

Aufruf des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (MWL) des Landes Sachsen-Anhalt

Für die Förderung touristischer Projekte stehen in Sachsen-Anhalt weiterhin Mittel über das „Corona-Sondervermögen“ sowie die „Tourismusförderung“ zur Verfügung. Förderfähig sind u.a. touristische Marketingmaßnahmen, Vorhaben zur Digitalisierung oder Maßnahmen zur Verbesserung und Modernisierung des touristischen Angebots.

Antragsberechtigt sind u.a. Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden, Verbände und Vereine mit touristischer Ausrichtung aber auch gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie regionale und Stadtmarketinggesellschaften. Die Förderquote beträgt aktuell in beiden Bereichen bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Projektkosten. Es sind sowohl Sach- als auch Personalkosten förderfähig. Eine Fördergrenze sowie ein festgelegter Antragszeitraum bestehen nicht.

Antragssteller können sich bezüglich einer Fördermittelberatung per E-Mail an das Referat 34 (Tourismus und Standortmarketing) unter tourismus@mw.sachsen-anhalt.de wenden. Allgemeine Anfragen zum Förderaufruf werden darüber hinaus auch in meinem Berliner Büro unter ingo.bodtke.ma05@bundestag.de entgegen genommen.

Ihr direkter Draht zu mir :

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227 73590

ingo.bodtke@bundestag.de

Büro Merseburg

König-Heinrich-Straße 27
06217 Merseburg

Tel.: +49 3461 793 0154

ingo.bodtke.wk01@bundestag.de

Für Sie vor Ort: Heidrun Fröhlich
montags 10:00 bis 14:00 Uhr
donnerstags 9:00 bis 16:00 Uhr
freitags 14:00 bis 17:00 Uhr
(sowie nach telefonischer Absprache)

Büro Sangerhausen

Wassertorstraße 7
06526 Sangerhausen

ingo.bodtke.wk01@bundestag.de

(Termine nach Vereinbarung)

Webseite

www.ingobodtke.de

Facebook

facebook.com/Ingo.Bodtke

Instagram

instagram.com/ingobodtke

Twitter

twitter.com/IngoBodtke



Deutscher Bundestag